



**Wir wünschen Ihnen ein
gesundes, frohes und erfolg-
reiches Jahr 2011**



Eine (er)lebenswerte Innenstadt verwirklichen!

Bad Bramstedt. Der Fertigstellungstermin der Umgehungsstraße ist in Sicht. Ideen für die Innenstadtgestaltung danach sind gefragt. Die Bad Bramstedter SPD hat im Frühjahr einen Vorschlag für den Bleeck erarbeitet und diesen zwischenzeitlich mit dem Bürger- und Verkehrsverein abgestimmt. Auch von Stadt- und Verkehrsplanern gibt es für die SPD-Ideen Rückenwind.

Fraktionssprecher Bodo Clausen: „Wir befassen uns seit Monaten intensiv mit den Vorschlägen der Bürger aus den Workshops und des Bürger- und Verkehrsvereins (BVV) sowie unseren bisherigen Planungen. Das Ergebnis ist jetzt ein Konzept für den Bleeck und erste Ideen für Maienbleeck und Kirchenbleeck.“

Die Sozialdemokraten wollen an dem Konzept der bisherigen Stadtplanung festhalten und die Platzkante im Süden baulich schließen.

Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck: „Mit der Kreuzung Butendoor/ König-Christian-Straße ist die Verbindung der Hamburger Straße und der Süd-West-Stadt zum Bleeck geschaffen. Damit kann die Hamburger Straße mit der Einmündung in den Bleeck aufgehoben und überbaut werden. Wir möchten dort nur noch eine Durchfahrt zu anzulegenden rückwärtigen Stellplätzen erhalten. Wir freuen uns, dass die Stadt- und Verkehrsplaner und der BVV

uns in dieser Ansicht unterstützen.“

Die Zufahrt zu den Parkplätzen auf der Westseite des Bleecks will die SPD dadurch optimieren, dass die Straße Achtern Bleeck vom ehemaligen ALDI bis zum Bleeck durchgezogen wird und am Bleeck in beide Richtungen befahrbar ist. Für Achtern Bleeck selbst mache es wahrscheinlich Sinn, nur eine Fahrtrichtung zuzulassen.

Die Parkplatzfläche selbst kann durch die entfallende Zufahrt zur Hamburger Straße vergrößert werden, soweit sie nicht für einen Geh- und Radweg und für Grünanlagen benötigt wird. Gleichzeitig möchte die SPD den Taxistand auf diese Seite des Bleecks verlagern und zwar in unmittelbarer Nähe der ebenfalls zu verlegenden Bushaltestelle. Planungsausschussmitglied Jan-Uwe Schadendorf: „Der Taxistand ist jetzt nicht optimal untergebracht. Dort wollen wir künftig die Behindertenparkplätze der Ostseite hinverlagern, die dort dann reichlich Platz finden.“

Die bisherige Fahrbahn auf dem Bleeck soll nach den Vorstellungen der SPD auf 6,50 m zurückgebaut werden und die gewonnene Fläche soll dem Geh- und Radweg in der Platzmitte und den Parkplätzen auf der Ostseite zugeschlagen werden. Clausen: „Das müssen wir in weiteren Gesprächen detaillieren, aber es geht darum, das Tempo auf dem Platz zu reduzieren und die Parkplätze der Ostseite sowohl aus Nord wie Süd anfahren zu lassen.“

Als Glanzpunkt der Umplanung möchte die SPD dem Bleeck endlich den Charakter eines Platzes geben, auf dem man sich gern trifft und aufhält.

Wasserspiele und einen Brunnen vor dem Roland sollen dazu verhelfen.

Klaus-Dieter Hinck: „Da reden wir seit Jahrzehnten von, nun sollten wir es endlich in die Realisierungspläne aufnehmen, um einen wirklich attraktiven Platz zu bekommen, wo Einwohner und Gäste gern hingehen.“

Forts. auf S. 2



Fortsetzung von S. 2

Der Brunnen ist gedacht auf der durch die verlängerte Straße Achtern Bleeck abgeteilten Fläche vor dem KiK-Markt. Dort möchte die SPD mindestens einen großen Brunnen, Sitzgelegenheiten und evtl. noch weitere Wasserspiele unterbringen. Ebenso soll die Fläche vor der Raiffeisenbank ein Aufenthalts- und Spielbereich werden.

Bodo Clausen: „Diese Pläne haben beim Bürger- und Verkehrsverein Anklang gefunden und wir haben unsere Pläne selbstverständlich der Stadtverwaltung übergeben und möchte jetzt in weitere Diskussionsrunden eintreten.

Wir glauben, hier einen guten Extrakt aus den bisherigen Überlegungen und unterschiedlichen Meinungen und Interessen gefunden zu haben und freuen uns auf die weiteren Gespräche.“

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Ein politisch ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende. Wer von uns hätte gedacht, dass wir bereits 2011 wieder kurz vor neuen Landtagswahlen stehen.



Trotz der kurzen Regierungszeit, hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit ihren Sparplänen bereits viele gewachsene Strukturen zerschlagen. Besonders hart getroffen hat es die Schwächsten unter uns, sie werden am meisten unter dem Sozialabbau zu leiden haben. Noch nie sind so viele Menschen gegen die beabsichtigten Beschlüsse einer Landesregierung auf die



Südliche Bleeckseite/Hamburger Straße: Soll mit Neubauten eine neue Platzkante des Bleecks werden. Der Asphalt soll mehr Grün und Fußgänger-/Radwegen weichen.

Straße gegangen wie in diesem Jahr. Ich möchte daher auf eine Sache hinweisen, die bei den ganzen geplanten Kürzungen und Änderungen fast untergeht - die beabsichtigte Kündigung des Glücksspielstaatsvertrages durch die Landesregierung. Sie

will das bestehende Glücksspielmonopol beenden um Online-Casino-Spiele und Sportwetten im Internet zu legalisieren und die Werbeeinschränkungen für die Branche fallen zu lassen. Eine Kommerzialisierung des Glücksspiels würde jedoch zu einer Flut von aggressiven Glücksspielangeboten in Schleswig-Holstein führen, zu mehr Spielsucht, zu mehr Begleitkriminalität und zu erhöhten Armutrisiken. Gleichzeitig würde dies zu einer Minderung der finanziellen Förderung von Sport und Gemeinwohl auf dem bisherigen nachhaltigen Niveau bedeuten.

Denn gerade das Glücksspielmonopol sorgt dafür, dass es zu einer Finanzierung der Beratungsstellen für spielsüchtige Menschen kommt. Der Glücksspielstaatsvertrag verpflichtet die Länder zur Bekämpfung der Spielsucht und ihrer Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft.

Deshalb habe ich im September für die SPD-Fraktion einen Antrag ausgearbei-

tet und eingebracht, der den schleswig-holsteinischen Landtag auffordert, sich auf Bundesebene unter Beachtung der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes für einen neuen Glücksspielstaatsvertrag einzusetzen, der das Glücksspielmonopol des Staates aufrechterhält.

Der europäische Gerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtsprechung wiederholt entschieden, dass ein Glücksspielmonopol eines Staates möglich ist, wenn dabei Ziele berücksichtigt werden, die vor allem das Allgemeinwohl betreffen. Dazu gehören der Verbraucherschutz, eine Betrugsvermeidung und die Vermeidung von Anreizen zu überhöhten Ausgaben für das Spielen.

Daher lieber Bürgerinnen und Bürger, schauen Sie genau hin, wo Sie in Zukunft Ihr Kreuz auf dem Wahlzettel machen. Setzen Sie dem Sozialabbau und dem Lobbyismus ein Ende!

Ich bedanke mich für das von Ihnen entgegengebrachte Vertrauen und hoffe auf ein friedliches und für Sie, gesundes und wirtschaftlich gutes Jahr!

Ihr SPD-Landtagsabgeordneter vor Ort
Andreas Beran

Büro: Bad Bramstedt, Segeberger Straße
Tel.: 04192-88 99 777

Ralf Stegner trifft ...
Arved Fuchs

Ende November fand die Veranstaltungsreihe "Stegner trifft ..." in Bad Bramstedt statt. Im gut besuchten "Kaisersaal" traf der SPD-Landes- und Fraktionschef Ralf Stegner den Bad Bramstedter Abenteuer- und Umweltexperten Arved Fuchs.

Ein interessantes Gespräch entspannt sich zwischen dem Landespolitiker und dem welterfahrenen Bad Bramstedter.

Die große Bedeutung der Umwelt- und Klimapolitik verband die beiden Diskutanten sehr schnell. Beide forderten entschiedeneren Schritte zum Klimaschutz.

Ein anregender und informativer Abend für die zahlreichen Gäste war es allemal.

Hände weg vom Schulgesetz !!

SPD fordert Ruhe an Schleswig-Holsteins Schulen

Die Landesregierung in Kiel, namentlich das FDP-geführte Bildungsministerium will mit zahlreichen Änderungen die Schulreform der großen Koalition zurückdrehen. Dagegen hat sich auf Vorschlag der SPD-Fraktion zunächst der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport und auf ihrer jüngsten Sitzung auch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Bramstedt durch Verabschiedung einer Resolution ausgesprochen. Die wesentlichsten Passagen werden an dieser Stelle noch einmal dokumentiert:

„Der Landtag hat in der vergangenen Legislaturperiode eine weitgehende Umgestaltung des schleswig-holsteinischen Schulwesens auf den Weg gebracht. Die Stadt Bad Bramstedt und der Schulverband haben auf dieser Grundlage Entscheidungen für die Schulentwicklungsplanung mit langfristigen investiven Folgen getroffen, die Millionen Euro kosten und bereits umgesetzt werden ... Mit Besorgnis nehmen wir nunmehr davon Kenntnis, dass über ein Gesetzentwurf beraten (werden) soll, nach dem erhebliche Teile der Schulreform geändert bzw. rückgängig gemacht würden: Gymnasien sollen

die Möglichkeit erhalten, G8, G9 oder sogar beides anzubieten und die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen soll erschwert werden. Der binnendifferenzierende Unterricht als Grundprinzip der Gemeinschaftsschulen soll abgeschafft werden und der Unterricht wieder in abschlussbezogenen Klassenverbänden erfolgen. ... Außerdem würde die Verwirklichung der in der Bildungsregion Bad Bramstedt einvernehmlich auf den Weg gebrachten Schulstruktur gefährdet werden. Wir wollen weiterhin, dass das Abitur am Gymnasium Jürgen-Fuhlenhof-Schule nach acht Jahren und nach Einrichtung einer Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Auenland nach neun Jahren abgelegt werden kann.

Die ständig wechselnden Entscheidungen über die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten schaffen ebenfalls Planungsunsicherheit und örtliche Konflikte. Die Landesregierung möchte eine Elternbeteiligung von 30 % festschreiben. Auch hier sollte es bei der derzeitigen Regelung – keine Elternbeteiligung – bleiben.



Bodo Clausen, SPD-Fraktionsvorsitzender, formulierte die Resolution

...(die) Stadtverordnetenversammlung...fordert daher alle im Landtag vertretenen Fraktionen auf, die grundsätzlichen Regelungen des geltenden Schulgesetzes zu belassen und den Kommunen Planungssicherheit und den Schülern, Lehrern und Eltern die vom Ministerpräsidenten versprochene „Ruhe an den Schulen“ zu geben.“

Eine kleine Randnotiz: Niemand war wirklich überrascht darüber, dass die Vertreter der FDP in vasallentreue fest zu „ihrem“ Minister standen und der Resolution nicht zustimmen konnten. Wessen Interessen wurden hier vertreten?

**Wenn Klug
Bildung macht,
macht Bildung
dann noch klug?**

www.izg-sh.de

Kurs gehalten: Kein weiterer Sozialabbau. Priorität für Bildung. Haushalt 2011 beschlossen

Mit den Stimmen von SPD, CDU (mit einer Ausnahme) und der FDP wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember der Haushalt für das Jahr 2011 beschlossen.

Für die Sozialdemokraten war es wichtig, dass in den Einzelhaushalten für Soziales und Bildung trotz der ausgesprochen schwierigen finanziellen Lage der Stadt nicht erneut der Rotstift angesetzt wurde.

Damit die vom Land an Not leidende Kommunen als besondere Beihilfe zu zahlende Fehlbedarfszuweisung fließen kann, wurde von der Verwaltung ein Haushaltsentwurf vorgelegt, der die dazu notwendigen Erhöhungen der Grundsteuern A und B um jeweils 20 Punkte vorsah. Die Sozialdemokraten konnten die Fraktionen von CDU und Grünen davon überzeugen, die Gewerbesteuer aus Gründen der Gerechtigkeit ebenfalls um 20 Prozentpunkte auf 370 % anzuheben.

Impressum:

Herausgeber: SPD Bad Bramstedt.
V.i.S.d.P.: Jan-Uwe Schadendorf,
Am Kapellenhof 3 a, 24576 Bad
Bramstedt.

Auflage: ca. 6.500 Exemplare

Ein weiteres Mal hat sich die SPD-Fraktion der von der Verwaltung vorgesehenen Stellenausweitung im Rathaus und auf dem Bauhof entgegengestellt. Die im Laufe des ablaufenden Jahres geführten Konsolidierungsberatungen konnten nicht verhindern, dass der Verwaltungshaushalt für 2011 nach bisheriger Planung mit einem aufgelaufenen Defizit von unvorstellbaren 7 Mio. € abschließen wird, davon alleine 2 Mio. € aus dem Haushalt des Jahres 2011. Nach der Finanzplanung wird das Defizit bis zum Jahr 2014 auf über 10,8 Mio. € anwachsen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Bodo Clausen widersprach dem Bürgermeister, der meinte, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung verspätet auch zu besseren Abschlüssen in Bad Bramstedt führen würde.

Clausen: „Alle Sparbemühungen, Steuererhöhungen und Gewerbeansiedlungen – für die wir Sozialdemokraten uns seit Jahren mit unseren Vorschlägen für Gewerbebebietsplanungen einsetzen – werden nicht ausreichen. Für Städte wie Bad Bramstedt, die auch für den Nahbereich umfangreiche Infrastruktur vorhalten, müssen strukturelle Verbesserungen durch Bundes- und Landesgesetze auf den Weg gebracht werden. Alleine schaffen wir das nicht!“

SPD ehrt langjährige Mitglieder

Die Weihnachtsfeier der Bad Bramstedter SPD ist alljährlich der Rahmen für die Ehrung langjähriger Mitglieder der Partei.

In diesem Jahr stehen gleich sechs Jubiläen an. Ilse Lange, die leider nicht anwesend sein kann, erhält für 50 Jahre Mitgliedschaft das goldene Abzeichen.

Auf mittlerweile 40 Jahre - und zu Zeiten Willy Brandts in die Partei eingetreten - können Jan-Uwe Schadendorf und Otfried Jarren, der heute in der Schweiz lebt, zurückblicken.

25 Jahre sind Uwe Busch und Karl-Heinz Otters dabei und 10 Jahre Wolfgang Kettel.

Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck dankt den Mitgliedern für ihre Treue und ihren Einsatz für die sozialdemokratischen Ideen.



Jan-Uwe Schadendorf, 40 Jahre in der SPD

Mehr Demokratie wagen

Auswahlverfahren der SPD zur Spitzenkandidatur für die Landtagswahl

SPD Schleswig-Holstein kürt Spitzenkandidaten zur nächsten Landtagswahl unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit. Machen auch Sie dabei mit!

Die SPD Schleswig-Holstein hat den Anspruch, mit einem breit angelegten Auswahlverfahren eine aktive Beteiligung der Mitglieder der SPD und der Öffentlichkeit zu erreichen bei der Aufstellung des Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl. Auf diese Weise wird das Ziel „Mehr Demokratie wagen!“ in die Tat umgesetzt. Das ganze Verfahren soll gerecht, fair und für die Mitglieder der SPD mobilisierend sein - und mit Blick auf die Öffentlichkeit lebendig, interessant und attraktiv.

Es gibt eine Kandidatin und drei Kandidaten:

- Torsten Albig
- Brigitte Fronzek
- Ralf Stegner
- Mathias Stein

Die Einladungen zu den Mitgliederversammlungen werden vom SPD-Landesverband an alle Mitglieder in den jeweiligen Kreisverbänden verschickt. Die Veranstaltungen sind zudem öffentlich, d.h.

alle Bürgerinnen und Bürger, die sich persönlich ein Bild von unseren Kandidaten machen möchten, sind dazu eingeladen.

Eine Reihe von Kreisverbänden hat entschieden, dass es auf den Veranstaltungen ein Meinungsbild geben wird. Daran können sich in einigen Kreisverbänden auch Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die nicht Mitglieder der SPD sind.

Im Einvernehmen mit den Kandidaten wurden die Termine und die Reihenfolge der Veranstaltungen beschlossen. Eine Übersicht finden Sie untenstehend.

Die Veranstaltungen werden folgende Blöcke enthalten:

- Begrüßung durch die Kreisvorsitzenden
- Moderierte Fragen zur Vorstellung der Kandidaten
- Vorstellungsreden von etwa 10 Minuten
- Beantwortung von Fragen des Publikums
- Schlussstatement der Kandidaten
- ggf. "Meinungsbild / Votum"
- Schlusswort der Kreisvorsitzenden

Die nächsten Termine sind:

10. Januar Ahrensburg, Alfred-Rust-Saal, 19.30 Uhr, Wulfsdorfer Weg 71

14. Januar Lübeck, Media Docks, 19.30 Uhr, Willy-Brandt-Allee 31a

16. Januar Kiel, Legienhof, 11.00 Uhr, Legienstraße 22

24. Januar Albersdorf, Dithmarsen Park, 19.30 Uhr, Schrumer Weg 2

25. Januar Flensburg, Weichehuus, 19.30 Uhr, Alter Husumer Weg 222

Samstag 29. Januar Henstedt-Ulzburg, Bürgerhaus, 10.00 Uhr, Beckersbergstr 34

Sonntag 30. Januar Neumünster, Restaurant Holstenhallen, 11.00 Uhr, Justus-von-Liebig-Straße 2-4

wegen evtl. Änderungen verfolgen Sie bitte die Tagespresse und die Homepage der SPD



Carsten Kock moderiert eine Kandidatenvorstellung mit Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Mathias Stein

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein zu Ende gehendes Jahr gibt Anlass zum Rückblick. Erinnern wir uns noch an den Wechsel von 2009 zu 2010. Eine der ersten Entscheidungen der CDU/CSU/FDP-Koalition war das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Nicht das Wachstum wurde damit beschleunigt, sondern die Politik der Steuergeschenke für die eigene Klientel, hier die Hoteliers, und die Entlastung von Erben hoher Vermögen. Dann folgte die Phase, in der schon einige das Merkel-Kabinett als „Nichtregierungsorganisation“ bezeichnet und die Uneinigkeit der einstigen „Traumpartner“ immer deutlicher wurde. Viel politisches Ansehen wurde in Europa und in der Außenpolitik verspielt. In der zweiten Jahreshälfte wurde dafür umso zügiger die Politik für Klientel und Kapital fortgesetzt. Die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke mit den dabei entstehenden Finanzvorteilen für die Energiekonzerne sowie die unsoziale Gesundheitsreform mit Beitragserhöhungen und der Verlagerung künftiger Kostenentwicklungen auf die Beitragszahler durch das Einfrieren der Arbeit-

geberbeiträge sind nur zwei Beispiele dieser Politik. Sie prägt aber letztendlich auch den Bundeshaushalt 2011. Die verabschiedeten Kürzungen und Einschnitte belasten die Arbeitnehmer und die, die gerade die Hilfe der Gesellschaft am meisten benötigen. An Einnahmeverbesserungen, welche von den wirtschaftlich Stärkeren kommen könnten, denkt die christlich-liberale Koalition nicht. Weniger Netto vom Brutto, das ist das Ergebnis schwarz-gelber Politik. Daran ändern auch die gerade beschlossenen Steuerbürokratieänderungen mit einer durchschnittlichen monatlichen Entlastung von 3 € bei der Einkommenssteuer nichts. Dieser Regierung liegt wenig an gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn sehen wir heute, wie die in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise von den sozialdemokratischen Ministern in der Vorgängerregierung entwickelten Maßnahmen Früchte tragen. Als Gemeinschaft, die alle mitnimmt, waren wir widerstandsfähig gegenüber der weltweiten Krise. Das muss auch zukünftig wieder Maxime guter Politik für die



Franz Thönnies, MdB

Menschen sein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes und gesundes Jahr 2011.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr